

DIE MUTTER DES EEG

INTERVIEW MIT MICHAELA HUSTEDT ÜBER DIE ENTSTEHUNG DES ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZ (EEG) IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Bild 1: Michaela Hustedt

Oft wird von den Vätern des EEG gesprochen, Hermann Scheer, Hans-Josef Fell und Dietmar Schütz. Doch Michaela Hustedt war die Vierte im Bunde und sie gilt als die Mutter des EEG. Seit die Grünen 1994 wieder im Bundestag vertreten waren, hat sie sich mit dem so genannten 2. Strom- einspeisegesetz befasst und vor allem die wirtschaftliche Seite des EEG – die Idee der Umlage auf den Strompreis – entwickelt. Wir haben mit Frau Hustedt gesprochen. Auf den folgenden Seiten haben wir einen Auszug aus dem Interview zusammengestellt

SONNENENERGIE: *Frau Hustedt, Sie kommen aus Hamburg und sind Politikerin der Grünen gewesen. Wie ist Ihre Entwicklung verlaufen? Wie und warum sind Sie zu den Grünen gekommen?*

Hustedt: Mein Lebensthema war und ist die Umwelt- und Ökologienpolitik. Ich habe Chemie und Biologie (Lehramt) studiert. 1989 ich habe mich als Umwelt- und Ökologiereferentin bei den Grünen im Bundesvorstand beworben. Ich wurde eingestellt. Bin dann in den Landesvorstand von NRW gewählt worden und habe auf der Landesliste für den Bundestag kandidiert. So war ich seit 1994 im Bundestag bis 2005.

SONNENENERGIE: *Welchen Stellenwert hatten die Erneuerbaren bei der Gründung der Grünen? Und welche Entwicklung hat das Energiethema seitdem genommen?*

Hustedt: Bei der Gründung der Grünen Partei 1979/80 war das Thema Erneuerbare Energien noch nicht sehr wichtig. Damals standen Umweltthemen stärker im Vordergrund und natürlich der Atomausstieg, das Waldsterben und vor allem die Abfallpolitik waren heiße Themen. Auch das Klimathema kam erst 1988/1989 auf die politische Agenda. Wichtig war nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl der Beschluss auch der SPD innerhalb von 10 Jahren aus der Atomkraft auszusteigen.

SONNENENERGIE: *Welche Vision hatten Sie damals von einem solaren Zeitalter?*

Hustedt: Ich war nie eine Anhängerin dessen, sich in der Frage zu überschlagen wie schnell man eine erneuerbare Energievollversorgung erreichen kann. Ich habe immer gesagt, lass uns die nächsten Schritte gehen. Dann werden wir sehen, wie schnell wir vorankommen. Mit dieser Strategie bin ich immer gut gefahren. Man ist kein besserer Ökologe, wenn man radikalere Ziele beschließt, gleich ob sie realistisch oder unrealistisch sind.

SONNENENERGIE: *Was war der Motor für die Entwicklung der Erneuerbaren Energien weltweit?*

Hustedt: Für den Ausbau der Erneuerbaren gibt es einerseits das Klimaargument und andererseits das wirtschaftliche Argument. Auf Klimakonferenzen wurde über den Ausbau der Erneuerbaren gesprochen. Die Reaktion der Entwicklungsländer war immer: Aber dafür müsst ihr uns Geld geben und außerdem müsstet ihr das zuerst uns vormachen.

Parallel dazu gab es internationale Konferenzen, bei denen es um Innovationen ging, um den Technologien der Erneuerbaren als neuen Wirtschaftszweig den Weg zu ebnet und damit Länder unabhängiger von Erdöl werden. Wenn man sagte, mit erneuerbaren Technologien sei man ökonomisch erfolgreicher, lag in dieser wirtschaftlichen Argumentation ein viel größerer Schwung. An dieser Stelle

haben die Entwicklungsländer gesagt: Wir wollen sie auch, und zwar sofort! Gebt uns die Technologie!

SONNENENERGIE: *Gab es denn eine Einteilung sozusagen in Argumentationsfraktionen – die einen mehr ökologisch und die anderen mehr ökonomisch?*

Hustedt: Ja, natürlich! Hermann Scheer stand, wie ich fand zwar zu hart, aber klar auf der ökonomischen Seite: Klimaschutzkonferenzen bringen gar nichts, Emissionshandel ist Mist – waren seine sehr klaren Positionen. Die Umweltverbände und auch das BMU vertraten die ökologische Seite. Ich persönlich glaube, dass die ökonomische Seite zwar den größeren Drive entfaltet, aber dass wir so etwas wie Klimakonferenzen unbedingt brauchen.

Man sieht an den aktuellen Ergebnissen in Paris, wenn heute eine Klimakonferenz zu guten Ergebnissen kommt, dann hat das eine große Ausstrahlung. Vor allem gibt es einen Argumentationshintergrund wenn sich die Regierungschefs der Welt die Hand geben und sagen wir wollen das vorantreiben. Ich war nie der Meinung, dass das überflüssig wäre, aber alleine, glaube ich, reicht es nicht aus.

SONNENENERGIE: *Welchem Lager würden Sie die Abgeordnetenkollegen in den anderen Parteien, Dietmar Schütz (SPD), Herman Scheer, Josef Göppel, Peter Ramsauer (CSU) und Dietrich Austermann (CDU) ¹⁾ zuordnen?*

Hustedt: Ich denke, dass die ökologische Argumentation mehr in der grünen Partei zu Hause war und noch ist. Peter Ramsauer hatte selbst kleine Wasserkraftwerke und war deswegen ein Unterstützer der ökonomischen Seite des EEG. Bei der SPD gab es viele, die den Stadtwerken nahe standen und von daher auch eher die ökonomische Seite vertraten. Herman Scheer war von Kopf bis Fuß und mit jedem Nerv ein Überzeugter Verfechter der Erneuerbaren. Egal mit welchen Argumenten. Dafür hat er ja auch den alternativen Nobelpreis bekommen. Ich vermisse ihn sehr. ²⁾

SONNENENERGIE: *Es ist eine unglaubliche und nicht vorhersehbare Er-*

folgsstory der Erneuerbaren Energien. Das EEG ist einer der Schlüssel zu diesem Erfolg. Nehmen wir mal an, es wäre aus energiepolitischen Gründen nicht zum EEG gekommen, wie wäre die Entwicklung dann verlaufen?

Hustedt: Man kann ja in andere Länder schauen, wo es kein EEG gegeben hat. Dort gab es diese rasante Entwicklung eben nicht. Und ich gehe sogar noch weiter, wenn es in Deutschland das EEG nicht gegeben hätte, dann hätten wir die technologischen Innovations sprünge und die Preisreduktion nicht gehabt. Daher halte ich das EEG bei weitem und mit großem Abstand für das beste entwicklungspolitische Instrument, das es in Deutschland je gegeben hat. Es hat sehr weitreichende Bedeutung zum Beispiel, dass jetzt die Preise für Sonne und Wind so stark gesunken sind. Dass es bei der PV so schnell ging, war natürlich großartig! Heute sind wir genau an dem Punkt, an dem wir sagen können, Windenergie und PV sind günstiger als Atom- oder auch neue Kohlekraftwerke. Das ist natürlich ein riesen Erfolg und da sind wir wieder bei der Wirtschaft – das ist jetzt unumkehrbar. Die Kostenreduktion war die Basis dafür, dass in anderen Ländern auch ein Boom losging. Diesen Sprung hat die deutsche Bevölkerung zwar bezahlt, aber ich finde, diese Investition hat sich gelohnt.

Und lassen Sie mich eins noch sagen: Das Geniale am EEG oder dem 2. Strom-einspeisegesetz ist, dass es erstens haushaltunabhängig ist und zweitens, dass es nicht nur Forschungsförderung, sondern eine Markteinführungsförderung war. Bei der Forschungsförderung gibt es immer nur wenig Geld für Pilotprojekte. Hier ist es aber so, dass der Massenmarkt in Gang gekommen ist. Dahinter lohnt sich dann die Forschung von ganz alleine. Das sind zwei ganz wichtige Punkte.

SONNENENERGIE: *Kommen wir zur Entwicklungsgeschichte des EEG. Es gibt ja Vorläufer: Das Stromeinspeisegesetz von 1990 mit Wolfgang Daniels und Matthias Engelsberger, die Einspeisegesetze in Freising (Prof. Schrimpf) und in Aachen (Wolf v. Fabek): Wie sind diese Erfahrungen in die den EEG-Gesetzesentwurf eingegangen?*

Hustedt: Das Stromeinspeisegesetz von 1990 ist von der Enquetekommission „Schutz der Erdatmosphäre“ (1987 – 1995) vorbereitet worden. In der Kommission hatten sie sich über die Parteien hinweg darüber verständigt. Deswegen war das ein Allparteiengesetz. Super! Sehr selten! Daher war das Stromeinspeisegesetz die Basis. Die Frage war was wir tun können, damit die Entwicklung der Erneuerbaren dynamischer verlaufen kann. Wir haben

uns die Hemmnisse und Probleme angeschaut: Wie kann man das Gesetz verbessern? Zum Beispiel haben wir gesehen, dass die PV nicht ausreichend vergütet war. Das war übrigens ein entscheidender Punkt, dass die Grünen mit 99 Pfennigen für die PV eine kostendeckende Vergütung aushandeln und verankern konnten.

Bei der 2. EEG-Novelle 2004 haben wir gesehen dass es bei der Bioenergie noch hapert, denn am Anfang war das EEG vor allem ein Gesetz für Sonne und Wind. Diese Verbesserungen wurden in einem Paket mit der Ökosteuerreform verhandelt. Die Grünen haben dafür auf eine weitere Ökosteuerreform verzichtet. Aber wir mussten Prioritäten setzen.

SONNENENERGIE: *Seit wann haben Sie in der Fraktion der Grünen an einem EEG gearbeitet?*

Hustedt: Bereits 1994 in der Opposition haben wir mit dem Thema EEG begonnen, weil es ein zentraler Punkt im Wahlprogramm war. In dieser Zeit haben wir Grundlagen für das Gesetz erarbeitet. Dann als die rot-grüne Koalition die Bundestagswahl gewonnen hatte, haben wir darauf gewartet, dass ein entsprechender Gesetzentwurf von den zuständigen Ministerien kommt. Aber das grüne Umweltministerium war durch das von der SPD geführte Wirtschaftsministerium blockiert. So haben wir, und das ist sehr selten, als Bundestagsfraktionen ein eigenes Gesetz erarbeitet und eingebracht. Ich habe dabei die rot-grüne Arbeitsgruppe, in der das EEG diskutiert und verhandelt wurde, geleitet.

SONNENENERGIE: *Wie hat die Opposition darauf reagiert?*

Hustedt: Gut wäre es gewesen, wenn auch CDU und CSU dem Gesetz zugestimmt hätten. Das hätte Sicherheit für die Branche auch bei einem Regierungswechsel gebracht. Es war ja bei weitem nicht klar, ob es noch eine zweite Rot-Grüne Regierungsperiode geben würde. Deshalb habe ich intensiv und frühzeitig die CDU/CSU-Fraktion informiert. Abgeordnete wie Dietrich Austermann und Peter Ramsauer haben das in ihre Fraktion getragen. Aber die CDU hat sich dann mehrheitlich entschieden, doch nicht zuzustimmen – was m. E. ein Fehler war. Andererseits war das insofern gut, dass wir sagen konnten, das ist unser Gesetz, bzw. eines zusammen mit der SPD. Aber für die Sache wäre es gut gewesen, wenn es eine größere parteiübergreifende Absicherung gegeben hätte.

SONNENENERGIE: *War die Liberalisierung des Strommarktes eine Voraussetzung für das EEG?*

Hustedt: Nein, am Anfang gingen wir ja vom monopolisierten Netz als Empfänger des erneuerbaren Stroms aus. Diese einfache Möglichkeit ist uns dann aber durch das Unbundling³⁾ im Zuge der Liberalisierung des Strommarktes genommen worden, weil der Netzbetreiber gar kein Strom mehr besitzen und daher auch nicht vermarkten konnte. Deshalb haben wir eine Regelung finden müssen, damit der Netzmonopolist den erneuerbaren Strom dennoch vermarkten darf. So hat die Liberalisierung dazu beigetragen, dass man Ökostrom kaufen konnte. Ich war ja die Erste, die das mal durchexerziert hat. Das war noch in der Oppositionszeit, als die Bundesregierung mit Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) das Liberalisierungsgesetz erlassen hat. Ich habe erstmalig probiert, Windstrom aus meinem Wahlkreis Euskirchen in NRW zu kaufen und zu mir in meine Bonner Wohnung liefern zu lassen. Dafür musste ich vier Monate verhandeln mit dem Ergebnis, dass die Durchleitungsgebühren höher waren als die Stromkosten vorher. Damit war bewiesen: Die Liberalisierung von Rexrodt steht nur auf dem Papier. Das Gesetz ist keine Grundlage, dass es auch möglich ist, Ökostrom zu kaufen. Heute ist das Selbstverständlich. Auch ein Ergebnis Rot-Grüner Energiepolitik.

SONNENENERGIE: *Wie sah das konkret aus?*

Hustedt: Zusammen mit Vattenfall habe ich mit den Bonner Stadtwerken die Durchleitungsgebühr ausgehandelt. Dazu gab es mehrere riesige Aktenordner, die ich allein niemals hätte durcharbeiten können. Es war wirklich eine komplizierte Geschichte – deswegen hatte ich Vattenfall dabei – ich hätte die Hälfte nicht verstanden. Vattenfall hat mir professionelle Verhandler geschickt, denn der Konzern wollte auf den deutschen Markt und hatte ein Interesse, dieses Projekt mal exemplarisch auszuhandeln. Wir haben darüber verhandelt, wie hoch die Durchleitungsgebühr aus dem Euskirchen-Erftkreis, meiner Windkraftanlage, hin zu meiner Bonner Wohnung sein sollte. Auch wenn es teuer war habe ich zugeschlagen. Aber mit diesem Beispiel bin ich natürlich in die Bundestagsdebatten gegangen und habe gesagt, Leute schaut mal her: Die Liberalisierung ist noch nicht weit her, wenn eine Durchleitungsgebühr höher als der Strompreis ist, den ein örtlicher Konkurrent bietet.

Im Zuge der Liberalisierung sind dann Firmen wie Lichtblick, Naturstrom und Schönau entstanden. Insofern hatte die Liberalisierung natürlich etwas mit der Bezugsmöglichkeit erneuerbaren Stroms

zu tun. Aber das EEG ging ja nie davon aus, dass der Bürger Ökostrom kaufen muss oder freiwillig kaufen soll. Es ging vielmehr davon aus, dass die Vergütungskosten auf alle umgelegt werden. In diesem Sinne brauchten wir den Bürger eigentlich nicht. Wir hätten also auch in einer monopolisierten Stromwirtschaft das EEG einführen können.

SONNENENERGIE: Sie waren Leiterin der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des EEG. Was war Ihre Aufgabe und wer waren Ihre Mitstreiter in Ihrer Partei?

Hustedt: Normalerweise wird ein Gesetz in einem Ministerium erarbeitet und in der Entstehungsphase des EEG – also in der ersten Rot-Grünen Legislaturperiode 1998 bis 2002 haben wir mit den Umwelt- und Wirtschaftsministern (BMU und BMWi) diesbezüglich Gespräche geführt. Aber sie sind nicht zu Potte gekommen, wie man bei uns in Norddeutschland sagt. Das führte zu dem Punkt, an dem wir – die Parlamentarier – die Initiative ergriffen und gesagt haben, dann schreiben wir es eben selbst. Aber es war nicht einfach, einen „wasserdichten“ Gesetzesentwurf vorzulegen. Doch wir hatten auch gute Juristen dabei. Beim Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE), unter dem Geschäftsführer Johannes Lackmann, war ein Beirat eingerichtet worden, der aus Abgeordneten der verschiedenen Parteien im Bundestag bestand. Dort haben wir recht vertrauensvoll zusammengearbeitet. So ist der EEG-Gesetzesentwurf zwar mit vielfältiger Unterstützung von außen aber hauptsächlich von den SPD- und Grünen-Parlamentariern formuliert und ins Parlament eingebracht worden. Das war etwas Einmaliges!

Es war aber nicht so, dass wir in den Regierungsfractionen nur Befürworter hatten, vor allem in der SPD nicht. Die Wirtschaftsminister Werner Müller und später Wolfgang Clement waren jeweils ein Hort des Bremsens. In der SPD gab es viele Kohlebefürworter. In dieser Situation war Hermann Scheer entscheidend für den Erfolg des EEG. Herrmann war

in der Lage, tatsächlich für Zustimmung in der SPD-Fraktion zu sorgen. Er hatte zwar immer ungefähr 40 bis 50 Abgeordnete, die er auf seiner Seite wusste, aber dann musste er mit jedem weiteren SPD-Abgeordneten dealen – und wenn es noch so „dreckige Deals“⁴⁾ waren. Aber so hat er tatsächlich Mehrheiten organisiert. Er war sich immer sehr klar darüber, welche Mehrheiten er organisieren kann und welche nicht.

Und in dem Zusammenhang war auch Dietmar Schütz, stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion sehr hilfreich. Denn Scheer galt vielen SPD-Abgeordneten als zu alternativ. Dadurch, dass Schütz Scheer unterstützte, bildete sich zwischen uns eine sehr fruchtbare Arbeitsteilung heraus, bei der Scheer in der Welt herumfahren konnte und ich die Arbeitsgruppe leitete. Wenn ich irgendwo nicht weiterkam, habe ich ihn angerufen und ihn gebeten zu kommen, um Mehrheiten herzustellen. Hermann Scheer ist immer gleich gekommen, hat seine „Truppen“ gesammelt und hat dann bestimmte Dinge durchgesetzt. Hermann war eben auch ein Machtmensch.

SONNENENERGIE: Was haben Sie persönlich in die Entstehung des Gesetzes einbringen können?

Hustedt: Mein Arbeitskreis II, den ich leitete, war der für Umweltschutz, Verkehr, Landwirtschaft und Energie zuständig. Ich persönlich habe zentral an dem Gesetz mitgearbeitet und die Grundstruktur mit anderen zusammen konzipiert. Es gibt sehr viele, konkrete einzelne Regelungen, für die ich verantwortlich zeichne. Ich hatte immer auch Ideen, die das Gesetz sinnvoll ergänzten, z.B. die Clearingstelle für Streitfragen bei der EEG-Gesetzesumsetzung. Auch die bei der dena angesiedelte Exportoffensive war ein Vorschlag von mir. Meine Aufgabe habe ich unter anderem darin gesehen, neben dem EEG auch das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) zu überarbeiten. Das war nämlich zentral wichtig.

Zwar war es als eines der letzten aus der Nazizeit stammenden Gesetze 1998 novelliert worden, aber es musste immer wieder angepasst werden. Zum Beispiel hatten gewisse „Interessenten“ entdeckt, dass die im EEG festgeschriebene Vorrangregelung laut EnWG eigentlich abgeschafft gehörte. Wenn wir da nicht aufmerksam gewesen wären, wäre das EEG durch das EnWG ausgehebelt worden. Im EEG stecken aber die Ideen vom gesamten Arbeitskreis drin, die man am Ende nicht mehr einzelnen Teilnehmern zuordnen kann.

Besonders schwierige Abwägungsüberlegungen waren vor allem wie hoch die Einspeisevergütung der einzelnen erneuerbaren Stromtechniken sein sollte. Es gab einen Konsens von den zuständigen Abgeordneten beider Fraktionen und den Vertretern des BEE, dass es zwar eine ausreichende Vergütung geben sollte, aber dass sich keiner eine „goldene Nase“ verdienen sollte. Das war eines unserer Hauptanliegen. Und zwar deswegen, weil uns das Gesetz dann sofort in der Öffentlichkeit auf die Füße fallen würde. Mit anderen Worten, man konnte mit den Investoren damals noch sehr ehrlich reden. Es gab das gemeinsame Verständnis, dass zwar verdient werden muss, aber keine großen Gewinne entstehen. Außerdem mussten wir bei den Vergütungsabwägungen auch die Technologiesprünge berücksichtigen – also eine Degression einführen. Ich muss ehrlich sagen, zu Zeiten von Rot-Grün haben wir es geschafft, alles immer gut auszubalancieren und dabei auch die Ausbaupfade vernünftig im Blick zu behalten. Für die späteren Fehlplanungen sind wir nicht verantwortlich zu machen, das hat die Große Koalition, bzw. Schwarz-Gelb zu verantworten. Der Ausbau der PV wurde zu stark, weil es streckenweise eine Überfinanzierung gab. Und als dann die Vergütung korrigiert wurde, war auch die nicht richtig ausjustiert. Die Umlage ist durch den zu raschen Ausbau der PV-Anlagen zu stark gestiegen.

SONNENENERGIE: Aber es sind doch viele Solarfirmen in Konkurs gegangen, wieso also war die PV-Vergütung zu hoch?

Hustedt: Das EEG wurde ja nicht dafür konstruiert, ausschließlich deutsche Solaranlagen zu fördern. Die deutschen Firmen waren gegenüber den chinesischen Firmen nicht konkurrenzfähig. Das kann man mit dem EEG nicht regeln. Durch die erfolgreiche Technologieentwicklung wurden die PV-Module immer preiswerter, sodass derjenige, der in eine Anlage investierte, natürlich die kostengünstigsten Module gekauft hat.



Bild 2: Im Zuge der Liberalisierung sind Ökostromanbieter wie die „Schönauer Stromrebeln“ entstanden, das Bild zeigt den Firmensitz im Schwarzwald

Und die deutschen Solarfirmen haben sich nicht rechtzeitig auf die ausländische Konkurrenz eingestellt, bzw. auch nicht einstellen können, denn die chinesischen Firmen haben hier auch mit staatlicher Unterstützung eine strategische Offensive gestartet. Allerdings: die Installation, Wartung und auch viele Komponenten der Solaranlagen tragen auch weiter zu dem Jobwunder durch erneuerbare Energien bei.

SONNENENERGIE: Für die Technologieentwicklung war die Vergütungsdegression wesentlich. Nach welchen Kriterien wurden die Degressionen berechnet? Haben Sie mit ökonomischen und wissenschaftlichen Experten zusammen gearbeitet und deren Rat eingeholt?

Hustedt: Ja, natürlich haben wir mit der Branche zusammengearbeitet und mit Experten die Abschätzungen vorgenommen. Die Vergütungssätze erwiesen sich zum Glück als sehr realistisch. Daher denke ich haben wir uns die richtigen Expertisen eingeholt. Es gab Wissenschaftler – Joachim Nitsch vom DLR war z.B. immer an solchen Runden beteiligt, die zu den Vergütungssätzen Stellung nahmen. Dann haben wir die Anlagenbauer gefragt und die Investoren. Daraus entwickelte sich ein bestimmter Vergütungssatz. Am Ende hatten wir einen Korridor und haben eine Entscheidung gefällt. Diese Entscheidung kam zwar teilweise aus dem „politischen Bauch“ heraus, sie erwies sich aber als tragfähig.

SONNENENERGIE: Warum wurde eigentlich nur eine Stromwende beschlossen und nicht eine Energiewende unter Einschluss der erneuerbaren Wärme?

Hustedt: Bei der Wärmewende ist die Frage nicht beantwortet worden, wo die Kosten hängen bleiben. Beim Strom war es durch das Netz relativ einfach machbar und es wurde akzeptiert, dass der Strompreis geringfügig ansteigt. Aber in Wärmebereichen ist das überhaupt nicht akzeptiert. Was Mieten anbetrifft sind, werden Preissteigerungen sehr sensibel aufgenommen. Es ist nicht ohne weiteres möglich, die Wärmewende warmmietenneutral zu machen. Damit meine ich, die Kaltmiete könnte ruhig ein wenig höher sein, wenn man dadurch Heizkosten spart. Für den Mieter ist entscheidend, was er als Warmmiete zahlt. Aber leider ist eine warmmietenneutrale klimafreundliche Sanierung meist nicht realisierbar. Und dann bleibt eben die Frage wer zahlt. Dafür gibt's vier Möglichkeiten: Die Mieter, die Hausbesitzer, der Staat oder die fossilen Energieträger. Erstens die Mieter: Die Politiker trauen sich nicht zu, sie den Mietern aufzubür-

den. Man kann ja auch nicht gleichzeitig ein Gesetz zur Mietpreisbremse im Bund und in den Ländern verabschieden und gleichzeitig aus Klimaschutzgründen die Mieten hochtreiben. Dafür bekommt man keine Unterstützung.

Wenn die Mehrkosten vom Vermieter getragen werden sollen, also vom Bauherrn, bzw. vom Besitzer, tritt die mächtige Lobby der Vermieter auf den Plan. Es wird immer das Argument vorgetragen, dass dann eben nicht gebaut werden wird, weil es sich angeblich nicht mehr rentiert. Dann bleibt nur der Staat. Und dann sind wir da, was ich vorhin gesagt habe, wenn es auf Basis der Steuerzahler finanziert werden muss, wird man immer an eine Grenze stoßen. Das ist eben das Geniale bei der Förderung des erneuerbaren Stroms, dass wir nicht vom Haushalt abhängig waren und sind. Also bräuchte man ein Wärmegesetz, dass die Mehrkosten auf die fossilen Wärmeträger Öl, ggf. Gas und Kohle umlegt. Das wäre die beste Lösung weil nebenher auch etwas für die Effizienz insgesamt getan wird: Eine CO₂-Abgabe.

Auch wird darüber diskutiert, dass wir eigentlich gar keine Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mehr brauchen, weil im Grunde alle Gebäude Nullenergiehäuser werden. Aber die dafür notwendigen Sanierungsraten haben wir nie erreicht. Die Tendenz geht jetzt dahin, dass man sagt, lass uns doch lieber nicht 100 % perfekt sein, denn Perfektion werden wir nicht erreichen, sondern lass uns pro Quartier Lösungen finden die einen Kompromiss zwischen Klimaschutz und Kosten bilden. Das Mantra, wir machen alles über Wärmedämmung, hat uns über Jahre ausgebremst!

SONNENENERGIE: Wie kam es Ihrer Meinung nach zu dem „Missverständnis“ einer Subvention durch das EEG?

Hustedt: Von Seiten der EEG-Befürwortern ist es schwer, dagegen anzugehen, denn wie will man das erklären? Derjenige, der eine Windkraftanlage oder ein PV-Anlage gebaut hat, bekommt ja einen Zuschuss. Zwar kommt er nicht aus dem Staatshaushalt und daher ist es natürlich rechtlich auch keine Subvention. Aber die Umlage ist eben auf der Stromrechnung mit drauf. Im Grunde ist es dem Bürger aber egal, ob er sie über die Steuer zahlt oder direkt über den Strompreis. Rechtlich ist das natürlich keine Subvention. Und das ist auch gegenüber der EU zentral wichtig, weil die Umlage nicht unter die Beihilferichtlinie fällt. Der Wechsel zur Ausschreibung ist auch deswegen begründet worden, weil das EEG aus Sicht des BMWi unter das Beihilferecht fällt. Obwohl sie dagegen klagen (Ist ja

wohl ein kleiner Widerspruch, oder?). Das heißt, es war immer wichtig, Umlage und Subvention rechtlich auseinander zu halten. Das BMWi unter Rot-Grün wollte das erste EEG nicht verabschieden, bevor die EU das EEG beihilferechtlich überprüft hätte. Das hätte bedeutet, dass wir unnötig viel Zeit verloren hätten, ja es sogar gar nicht zum EEG gekommen wäre. Gott sei Dank, und das war ein ganz intensiver Moment, konnten wir, die Grünen, zusammen mit Hermann Scheer und Dietmar Schütz durchsetzen, dass wir uns davon nicht abhalten lassen.

Viel schlimmer finde ich, dass in letzter Zeit gesagt wird, die Erneuerbaren seien zu teuer. Das war eine richtig gezielte Kampagne unter Schwarz-Gelb, die bis heute weiterläuft. Dass man damit durchgekommen ist, liegt aber auch daran, dass keine richtige Gegenkampagne entwickelt wurde.

Das Gespräch wurde von Gerd Stadermann am 2. März 2016 in Berlin geführt. Dr. Gerd Stadermann ist Fellow am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und Wissenschaftlicher Beirat im Vorstand der DGS

Fußnoten

- 1) Dietrich Austermann war als Abgeordneter der CDU in den 1990er Jahren ein starker Befürworter der Erneuerbaren Energien und des 1.000 Dächer-Photovoltaikprogramms.
- 2) Auf der Trauerfeier in Berlin sagt Michael Hustedt: „Mit ihm ist ein Schutzgeist verloren gegangen – ein Energiezentrum für die Entwicklung der Erneuerbaren.“ (<https://www.freitag.de/autoren/bvb/auf-in-die-letzte-schlacht>, 30.6.2017)
- 3) Der Begriff Unbundling (zu Deutsch: Entflechtung) beschreibt die gesetzliche Forderung nach einer Trennung von Netz und Vertrieb bei Energieversorgungsunternehmen. Ziel ist ein neutraler Netzbetrieb – wie es auch im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vorgeschrieben ist. Das EnWG sieht Maßnahmen zur buchhalterischen, informationellen, organisatorischen und gesellschaftsrechtlichen Entflechtung vor.
- 4) Scheer hat z.B. die Kohleleute der SPD auf seine Seite gebracht, indem er das Grubengas, das beim Abbau von Steinkohle entsteht, mit ins EEG aufnehmen lies.

Das komplette Interview können Sie hier herunterladen:

www.sonnenenergie.de/sonnenenergie-redaktion/SE-2017-03/Interview-Hustedt.pdf